

Der Zauberlehrling

20.11.2017

BERLIN/RIAD/TEHERAN (Eigener Bericht) - Der Streit zwischen Deutschland und Saudi-Arabien um Riads Aggressionen gegen Iran spitzt sich zu. Nach harter Kritik von Außenminister Sigmar Gabriel daran, dass Riads den libanesischen Ministerpräsidenten al Hariri - im Bestreben, den Konflikt mit der von Iran unterstützten Hizbullah zu eskalieren - fast zwei Wochen lang festgesetzt hat, hat Riads seinen Botschafter aus Berlin zurückgezogen und Schritte zur Linderung der dramatischen Hungersnot im Jemen abgesagt. Dennoch ist die Bundesregierung im Mittleren Osten ein labiles, von außen zu beeinflussendes Gleichgewicht zwischen Saudi-Arabien und Iran an, um die deutsch-europäische Stabilität am Persischen Golf zu stärken. Dazu rüstet sie das perspektivisch schwächere Saudi-Arabien auf und stützt sich bei seinen Bestrebungen, den Konflikt mit Iran und dessen regionalen Verbündeten noch weiter zu eskalieren, auch auf deutsche Waffen.

Machtkampf in Mittelost

Gegenstand der aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Riads sind die Bestrebungen der saudischen Führung, den Konflikt mit Iran eskalieren zu lassen. Hintergrund ist der schon lange bestehende Machtkampf zwischen Riads und Teheran um die Vormacht im Mittleren Osten. Iran ist dabei strukturell gegenüber Saudi-Arabien ein klarer Konkurrent, da er seit die Vereinigten Staaten im Jahr 2003 seinen langjährigen Rivalen Irak zerstörten: Das Land hat mit seinen immensen Erdöl- und Erdgasvorräten ähnlichen Reichtum wie Saudi-Arabien, verfügt über eine weitaus größere und ungleich besser ausgebildete Bevölkerung sowie über eine im direkten Vergleich deutlich überlegene industrielle Tradition. Riads hat zwar unter dem neuen Kronprinzen Muhammad bin Salman al Saud begonnen, eine gewisse gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung in die Wege zu leiten ("Vision 2030", [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtete [1]), kann jedoch mit Teheran kaum mithalten, würde die iranische Wirtschaft nicht durch fortgesetzte US- und den von diesen erzwungenen westlichen Bankenboykott an einem echten Aufschwung gehindert. Es kommt, dass die bisherigen saudischen Versuche, den iranischen Einfluss in Syrien und im Jemen zu mindern, nach hinten losgegangen sind: In beiden Ländern verfügt Iran heute über eine erhebliche militärische Stellung als je zuvor.

Labiles Gleichgewicht

Berlin setzt in dieser Situation bereits seit geraumer Zeit darauf, ein labiles Kräftegleichgewicht in der Region herzustellen, das durch äußere Vermittlern - etwa Deutschland - vergleichsweise günstige Chancen für eine Einflussnahme bietet. Dazu rüstet es einerseits Saudi-Arabien und seine Verbündeten, etwa die Arabischen Emirate, gegen Iran auf, um dessen Aufstieg zur regionalen Vormacht zu verhindern. Diese Aufrüstung erfolgt, obwohl die saudischen Streitkräfte deutsches Gerät auch im Krieg im Jemen nutzen, dessen Blockade nutzen. Letzterer fallen mittlerweile nach Angaben der Hilfsorganisation Save the Children über 100.000 Kinder zum Opfer.

täglich 130 Kinder zum Opfer: Sie sterben, weil Riad Hilfstransporte mit Nahrung und Medikamente ins Land hineinlässt.[2] Andererseits bemüht sich die Bundesregierung, das Nuklearabkommen gegen US-Attacken zu verteidigen, um neue Iran-Sanktionen zu verhindern: Eine Beendigung des gilt als Voraussetzung nicht nur für neue, potenziell milliardenschwere Geschäfte deutscher Unternehmen mit Iran [3], sondern auch für politische Einflussnahme Berlins in dem Land.

Die Mittlerrolle

Ergänzend suchen deutsche Think-Tanks sich vermittelnd zwischen Iran und Saudi-Arabien zu positionieren. So hielt die einflussreiche Hamburger Körber-Stiftung im März ihren "Bergedorfer Gesprächskreis" in Riad und Teheran unter Beteiligung einflussreicher Vertreter des jeweiligen Polit-Establishments ab - um zu eruieren, "welche Rolle Europa bei der Förderung von regionaler Stabilität im Nahen und Mittleren Osten spielen kann".[4] Zuletzt führte zu Monatsbeginn das aktuelle Führungskräfteseminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) Gespräche in den bei verfeindeten mittelöstlichen Hauptstädten durch.

Saudische Aggressionen

Dabei läuft die beispiellose antiiranische Eskalationspolitik, die die saudische Führung seit geraumer Zeit betreibt, der deutschen Politik klar zuwider. Kronprinz Muhammad bin Salman, der nach Einschätzung der Beobachter wohl schon in absehbarer Zeit seinem schwer kranken Vater auf dem saudischen Thron nachfolgen wird, hat nicht nur die erwähnte sozioökonomische Modernisierung des Landes gesondert, sondern auch Schritte eingeleitet, um die arabischen Staaten aggressiv gegen Iran zu formieren. Muhammad bin Salman forciert nicht nur den Krieg im Jemen; er hat auch eine Totalblockade gegen das Emirat Qatar verhängt, weil es punktuell mit Iran kooperiert.[5] Zudem hat er Anfang des Monats eine staatsstreichähnliche Entmachtung einer konkurrierenden Herrschaftsfraktion mehrere potenziell widerstrebende Minister und Vizeminister aus ihren Ämtern entfernt und kaltgestellt.[6] Jüngste Ursache war die offenkundige Festsetzung des libanesischen Ministerpräsidenten Saad al Hariri in der saudischen Hauptstadt gewesen. Hariri wurde dort zum Rücktritt veranlasst - mit einer Begründung, die gegen Aggressionen jeder Art gegen Iran und gegen die diesem nahestehende libanesische Hizbullah zu legitimieren: Er behauptete öffentlich, er fürchte wegen der Stärke der Hizbullah um sein Leben. Der libanesische Staatspräsident Michel Aoun hat Hariris erzwungenen Aufenthalt in der saudischen Hauptstadt explizit als staatliche "Geiselnahme" eingestuft; US-Medien weisen darauf hin, dass Hariri nach diplomatischer Intervention am Freitag nach Frankreich ausreisen durfte, zwei seiner Kinder zurücklassen musste und deshalb womöglich weiterhin "nicht frei handeln" könne.[7] Gestern hat Saudi-Arabien schließlich auf einem Treffen der Arabischen Liga versucht, die arabische Welt auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Iran einzuschwören: Man werde gegenüber Teheran "nicht untätig und keine "Milde" walten lassen, hieß es in einer von Riad vorgelegten Droh-Resolution.[8]

Der Streit eskaliert

Berlin sieht seine Einflusspolitik im Mittleren Osten von Riads Aggressionspolitik bedroht. Am Freitag hat Außenminister Sigmar Gabriel erklärt, er werde "das Abenteuerium", das sich in den letzten Monaten in der Region "breitgemacht" habe, "nicht mehr einfach sprachlos hinnehmen".[9] Riad schlägt nun zurück: Das saudische Außenministerium hat Gabriels Stellungnahme umgehend als "unangemessen und ungerechtfertigt" kritisiert, seinen Botschafter in Berlin zurückgerufen und eine offizielle Protestnote

angekündigt. Der libanesischer Ministerpräsident hat den deutschen Außenminister - mutmaßlich Druck Riads - per Twitter öffentlich der "Lüge" bezichtigt. Zudem hat Riad einen Berlin-Besuch seiner Sonderbeauftragten für humanitäre Hilfe im Jemen kurzfristig abgesagt; der Mann sollte in der Hauptstadt über Optionen verhandeln, dringend benötigte Hilfsgüter trotz der Blockade in das von Cholera geplagte Land zu bringen. Daraus wird nun nichts. Saudi-Arabien entzieht sich der Kritik Berlins und verschärft die brandgefährlichen Spannungen im Mittleren Osten ein weiteres Stück. zu einem Krieg gegen Iran oder weitere Verbündete Teherans - wie in Syrien oder im Jemen -, da sich, selbst wenn Berlin mit der Eskalation nicht einverstanden ist, auf seine milliardenschweren Rüstungsgüter aus Deutschland stützen können.[10]

[1] S. dazu Man schießt deutsch (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7449/>).

[2] S. dazu Beihilfe zur Hungersnot (III) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7449/>).

[3] S. dazu Die Anti-Trump-Allianz (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7416/>).

[4], [5] S. dazu Der Anti-Trump (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7316/>).

[6] Guido Steinberg: Staatsstreich in Saudi-Arabien. swp-berlin.org 07.11.2017.

[7] Alissa J. Rubin, Anne Barnard, Elian Peltier: Lebanese Prime Minister Meets Macron After My Saudi Stay. nytimes.com 18.11.2017.

[8] Saudis, Bahrain target Iran, Hezbollah at Arab League. news.kuwaittimes.net 19.11.2017.

[9] Ulrike Scheffer: Die Libanon-Krise erreicht Berlin. tagesspiegel.de 18.11.2017.

[10] S. dazu Ein Spitzenkäufer deutschen Kriegsgeräts (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7113/>).





© German News Information GmbH

info@german-foreign-policy.com (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

